

Der Freie Schwarzwälder

Waldbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
außerhalb desselben M. 1.35,
hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt

der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmadenzüge.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspre-
chend.
Sonntags
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 27.

Montag, den 15. Februar

1909.

Das steuerlose Steuerschiff.

Es ist gekommen, wie man sich's gedacht. Das Steuerschiff, das die Reichsregierung so stolz vom Stapel laufen ließ, treibt hilflos auf dem Meer. Die Hälfte der Ladung ist schon über Bord, und die andere Hälfte ist zum guten Teil verdorben. Wenn sich nicht unter der Befahrung ein Mann findet, der rettend das Steuer ergreift, so scheitern alle Hoffnungen und wir stehen vor der schwersten Krise seit langen Jahren, einer Krise, bei der mehr als das bisherige Renommee unserer Reichsregierung auf dem Spiel steht.

In der Tat liest man bereits in sozialdemokratischen Blättern, daß man in Regierungskreisen mit einer Reichstagsauflösung rechne. Wir glauben jedoch nicht, daß wir schon so weit sind. Steuerfragen sind selten in irgend einem Parlament mit besonderem Enthusiasmus und allgemeinem Andrang von Steuerwilligen behandelt worden. Aus dem herrschenden Wirrwarr, den die Kopflosigkeit der Regierung vermehrt, — Fürst Bülow stellt sich wieder einmal taub — kann sich trotzdem noch ein Gebild gestalten. Groß ist allerdings die Hoffnung nicht.

Die Lage des Reiches erfordert eine gründliche Finanzreform, die einen dauernden Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellt. Neben der strengsten Sparsamkeit, die wir seit Jahren gepredigt hatten, schon zu einer Zeit, wo das Zentrum noch sehr in der Beklemmung war, gehört dazu eine Steigerung der Einnahmen, denn neben der endlosen Rüstungsschraube erfordern die großen sozialen Aufgaben immer größere Mittel. Wer z. B. die Witwen- und Waisenversicherung will, muß auch bereit sein, für die entsprechenden Mittel zu sorgen, denn mit dem Geld der Follerhöhung kommt man, wie bereits bei der Beratung des Zolltarifs vorausgesetzt wurde, nicht weit. Die bürgerliche Linke hat sich deshalb bereit erklärt, mitzuarbeiten.

Aber die selbstverständliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der bürgerlichen Linken ist die Rückkehr auf ihre grundsätzlichen Anschauungen. Wenn ihre Vertreter sehen, daß die Steuerreform durch ihre Mitarbeit nicht wesentlich besser wird, als sonst, dann legen sie ganz einfach die Hände hin und überlassen es den konservativen Bässen vielleicht mit Hilfe der nationalliberalen Violinen den Tanz zu Ende zu spielen. Das heißt, wenn nicht ein großer Teil der neuen Steuern durch die Besitzenden angebracht wird, dann mag mitmachen

wer will, jeder für sich und sozial Bedachte wird eine solche Politik ohne übertriebene Höflichkeit ablehnen. Sollten also die Konservativen und Landwirtebündler sowohl die Nachlass- wie die Vermögenssteuer ablehnen, dann tragen sie die ganze Verantwortung für das Scheitern einer Staatsnotwendigkeit ersten Ranges. Dasselbe gilt für etwaige Versuche, die Entscheidung zu vertagen und zu verschleppen. Das Menu muß nach einander gegessen werden. Es geht nicht an, daß zuerst der süße Nachtisch verspeist und die herbe Suppe der direkten Steuern nachher stehen gelassen wird.

Und das Zwischengericht sei auch nicht vergessen, das die ganze Sache für den entschiedenen Liberalismus erst schmachtend macht: das preussische Wahlrecht. Die Regierung wird sich mit ihren Reformvorschlägen sehr beeilen müssen, wenn sie noch der Beratung der Finanzreform zu gut kommen sollen. Denn schließlich spielt bei der Steuerbewilligung auch die Stimmung eine gewisse Rolle. Wenn man schlechter Laune ist, sieht man alle schlimmen Seiten schlimmer.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Febr.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Am Bundesratstisch sind die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und Sydow erschienen. Auf der Tagesordnung steht die

2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern

bei Position: 10 000 Mark für die Herausgabe von Berichten über die Landwirtschaft.

Behrens (wirtsch. Bgg.) wünscht die Herausgabe eines Jahrbuchs für die Interessen des Obstbaus.

Unterstaatssekretär Bermuth sagt wohlwollende Erwägung des Wunsches zu. Beim Titel: Unterhaltung des Kaiser Wilhelm-, Kaiser Friedrich- und Bismarckdenkmals in Berlin und des Nationaldenkmals auf dem Riebertwald wurden anstelle der geforderten 6400 Mark nach den Beschlüssen der Kommission 3500 Mark bewilligt. Beim Titel: Belastung des Reichs auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes (51 310 000 Mark) hielt Stadthagen (Soz.) den ausgenötigten Betrag für zu niedrig. Trotz der schmalen Invalidenrente würden alle Mittel versucht, die Erwerbsunfähigen noch weiter zu schmälern. Die Invaliden haben doch außer ihrem Jahresbeitrag dem

Reich auch in Form von indirekten Steuern Zuschüsse geleistet.

v. Derser (Rp.) weist Stadthagens Vorwürfe gegen die Ärzte zurück.

Guno (fr. Rp.) meint, man solle aus Zweckmäßigkeitsgründen die Invalidenversicherung an die Krankenversicherung anschließen.

Eveling (natl.) bittet um Subvention der Schloßerschule in Rößwein.

Direktor Bermuth im Reichsamt des Innern erklärt, daß die Unterstützungsfonds fast erschöpft seien.

Schiffer (Z.) wünscht Einschränkung des Zugangs von Ausländern an die deutschen technischen Hochschulen.

Erzberger (Z.) wendet sich gegen die Unterstützung der Schloßerschule in Rößwein.

v. Gamp (Rp.) erblickt auch in der großen Zahl von Ausländern an den Technischen Hochschulen eine Gefahr für unsere Industrie.

Im gleichen Sinne sprechen sich noch die Abgg. Dove (fr. Rp.) und Pfeiffer (Z.) aus.

Nach weiteren unwesentlichen Debatten verlegt sich das Haus auf morgen vorm. 11 Uhr. T. O.: 3. Lesung des Nachtragsetats u. a.

Schluß halb 7 Uhr.

Kundschau.

Der blinde Eifer.

mit dem die Agrarier dem junckerlichen Großgrundbesitz zuliebe gegen die Nachlasssteuer wüten, spielt den Herren einen argen Posten nach dem anderen. Zuerst wird den steuerhuelen Liebesgabenempfängern das konservative Handbuch vorgehalten, in dem die Nachlasssteuer als eine sehr verständige, für die Finanzordnung sehr zweckmäßige Steuer empfohlen wird. Dann aber gelangt es Herrn Sydow, einen Leitartikel der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ vom 17. März 1904 aus dem Staube der Vergessenheit emporzuheben, in dem es klipp und klar hieß:

„Auch die Erbschaftsteuer kann und muß im Geiste einer verständigen Mittelstandspolitik ausgestaltet werden. Die Millionenerbschaften müssen höher besteuert werden als bisher. Sie müssen auch dann der Erbschaftsteuer unterliegen, wenn sie unmittelbar auf die nächsten Verwandten: Kinder, Geschwister oder Eltern übergehen.“

zählt, wenn ich es überhaupt nur bekomme!“ versetzte der Mann.

„Warum sind Sie dann also heute abend hierhergekommen?“ fragte der Graf wieder.

Tropf und doch mit einer gewissen Scheu blickte Adam Ramsay zu ihm auf.

„Weil ich toll bin — ja, toll!“ lautete seine Entgegnung. „Ich habe den ganzen Tag an Sie gedacht; ich habe den ganzen Tag getrunken. Sie sehen, ich sage Ihnen die volle Wahrheit, Herr Graf. Ich trank, Sie werden erraten, was. Ich habe jahrelang keinen Brandv angestrichelt. Heute habe ich es nachgeholt. Sie gab mir zehn Pfund. Der Dämon des Trunkes und auch die Tollheit haben mich heute hierhergeführt. Wenn ich irgend ein Unheil angerichtet habe, so sollte mir das leid tun, aber ich wurde toll, weil sie mich nicht anhören wollte. Wenn sie mir nur fünf Minuten Gehör geschenkt hätte, wäre ich ruhig wieder meiner Wege gegangen, aber sie hat es ja nicht gewollt!“

Und diejenige, von welcher dieser Mensch das sagte, war als die stolze Gräfin Arden in dieser Nacht die Königin des glänzendsten Balles der ganzen Saison gewesen und zugleich dieselbe, welche diesem Elenden nur kurze fünf Minuten nicht hatte Gehör schenken wollen.

„Ich habe Ihnen geduldig zugehört,“ sagte der Graf nach einer dumpfen Pause mit schwerer Stimme. „Ich wiederhole, daß ich, wenn ich Sie nicht für toll und berauscht hielt, Sie für die niederträchtigen Lügen niederschlagen würde, die Sie mir da soeben vorerzählten. Ich glaube nicht ein Wort von dem, was Sie sagten. Es ist die Erfindung, das Märchen eines Tollens — weiter nichts!“

„Stellen Sie sie mir gegenüber,“ rief Adam Ramsay, „stellen Sie mir Hester Blair gegenüber und sie selber wird Ihnen bekennen müssen, daß es die Wahrheit — die lautere Wahrheit ist, was ich Ihnen sagte!“

Mit einer herrischen Handbewegung gebot der Graf ihm Schweigen.

„Es nützt Ihnen nichts, Gräfin Arden noch weiter beleidigen zu wollen,“ sprach der Graf mit einem zer-

schmetternden Blick auf den Sprecher, aber die Worte erstarben ihm auf den Lippen, denn im selbigen Augenblick ging die Tür auf und im Rahmen derselben erschien — noch im Schmud ihrer fürstlichen Verwandung, in der sie die Königin des Abends gewesen war, aber blaß und gitternd, keine andere als Alice — Gräfin Alice Arden.

Lord Arden blickte wie versteinert auf sein Weib hin. Die geisterhafte Blässe auf ihrem schönen Gesicht und der verstörte Ausdruck in ihren blauen Augen erfüllten ihn mit Entsetzen.

„Komm nicht hierher, mein Lieb!“ rief er ihr zu.

„Das was hier vorgeht, ist nichts für dich!“

Doch Adam Ramsay schrie in toller Erregung:

„Jetzt fragen Sie sie! Jetzt stellen Sie sie mir gegenüber! Jetzt richten Sie die Frage an sie, ob sie Hester Blair sei oder nicht!“

Doch ihre weißen Lippen öffneten sich nicht zu einer Antwort; sie streckte nur die Arme gegen Lord Arden aus. Er schritt auf sie; sie konnte ihm keinen Schritt entgegengehen; ihre Kraft drohte sie zu verlassen. Sie stand da wie eine geknickte Lilie. Und er ging zu ihr hin und nahm sie in seine Arme, drückte sie an sein Herz und bedeckte ihr schönes Gesicht mit seinen Küssen; in seiner Besorgnis um sie vergaß er Adam Ramsay gänzlich.

Der Anblick der beiden sich umschlungen haltenden Gestalten regte Adam Ramsay indes dermaßen auf, daß auch der letzte Rest von Besonnenheit ihn verließ. Er hätte sie nicht verraten, wenn er nüchtern und bei Sinnen gewesen wäre; es war der Teufel des Trunkes und der Tollheit, der ihn dazu trieb. Aller Besinnung beraubt ihn derselbe.

Er lachte — ein schreckliches Lachen, das wie Wahnsinn klang.

„Ja,“ sagte er, „lassen Sie sie: — Hester Blair! Ich würde mein Leben dahingegeben haben, hätte ich nur ihre Hand küssen dürfen! Küssen Sie Hester Blair!“

Ihre Arme klammerten sich fester um ihres Gatten Hals; mit der Leidenschaft der Verzweiflung hing sie sich an ihn.

(Fortsetzung folgt.)

Mach' anderen Freude! Du wirst erfahren, daß Freude freudt.
Fr. Th. Fischer.

Schuldig oder nichtschuldig?

Roman nach E. M. Braeme von G. Felsing.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Lord Arden stand wie erstarrt. Es war doch eigentlich ganz unmöglich, daß dieser Mensch da wirklich von seinem Weibe sprach, von der schönen Frau, deren königliche Haltung und beständige Anmut sie, wo immer sie sich zeigte, vor jeder anderen Frau auszeichnete. Es erschien ihm verabscheuenswürdig, daß überhaupt nur solche Worte über sein Weib gesprochen werden konnten, und doch zwang ihn etwas, diesen Mann weiter anzuhören.

„Sie gewährte mir diese Zusammenkunft,“ fuhr der Beträger fort, „sie machte auch gar keinen Versuch zum Beugnen, als sie herausfand, wer ich war. Und ich nannte ihr meine Bedingungen. Sie hat mich um Aufschub, und ich gewährte ihr eine Woche Bedenkzeit.“

„Wenn das wirklich wahr wäre,“ warf Lord Arden lapidar, „warum sind Sie dann jetzt hier — vor dem Ende der Woche? Und warum haben Sie sie verraten?“

Adam Ramsay sah den Frager verständnislos an. „Ich habe sie nicht verraten,“ sagte er, „ich habe es ja Ihnen nur erzählt!“

„Und das nennen Sie keinen Verrat, wenn Sie mir die ganze Geschichte erzählen?“ rief der Graf.

„Nein,“ sagte Adam Ramsay, „das ist kein Verrat!“

„Ich sehe es nicht als solchen an!“

„Sie können es doch nur getan haben, weil Sie wollten, daß ich Ihnen den Preis zahlen sollte, wenn es nicht getan hätte?“ fuhr der Graf fort.

„Es kümmert mich wenig, wer mir das Geld aus-

Das Bündlerblatt sucht sich nun dadurch herauszuheben, daß es meint, es habe nur die Millionenerbschaften in „Geld“ gemeint, nicht aber die Millionen, die im Grundbesitz angelegt sind.

Dieser faule Kniff beweist, daß das Bündlerblatt, in die Enge gedrängt, heute den einseitigsten Standpunkt der Großgrundbesitzerinteressen noch brutaler vertritt als früher. Also vor den millionenschweren Pensionsbesitzern soll der Steuereinnahmer devotest kehrt machen. Unverkennbar ist wohl noch nie der kräftigste Agrarierstandpunkt vertreten worden. Und das nennt sich „verständige Mittelstandspolitik“!

Man sieht, die agrarische Steuerschau ist nachgerade zur wüsten Harlekinade herabgesunken.

Der englische Besuch.

König Eduard hatte am Freitag noch eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten Bälou, in welcher angeblich alle politischen Fragen, jedoch keine speziellen Fragen, berührt worden sein sollen. Die Abreise des englischen Königspaares erfolgte nachmittags 5 Uhr 10 Minuten. Das Königspaar, von dem sich der Hof und die Umgebung bereits im Schloß verabschiedet hatte, wurde vom Kaiser und der Kaiserin zum Bahnhof geleitet.

Der Berliner Korrespondent des Reuterschen Büreaus ist ermächtigt worden, mitzuteilen, daß König Eduard über den herzlichen und begeisterten Empfang, der ihm von allen Klassen der Berliner Bevölkerung dargebracht wurde, außerordentlich erfreut und von dem Erfolg seines Besuches sehr befriedigt sei. Ferner ist dieser Korrespondent ermächtigt worden, mitzuteilen, daß in England das Ergebnis der politischen Besprechungen, die zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern stattgefunden haben, als außerordentlich befriedigend angesehen werde und augenscheinlich auf die deutsch-englischen Beziehungen eine ausgezeichnete Wirkung ausgeübt habe.

Die geistliche Schulaufsicht in Oldenburg.

Im oldenburgischen Landtag wurde nach dreitägiger heftiger Debatte mit 24 gegen 20 Stimmen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht beschlossen. Da die Regierung erklärt hätte, sie könne auf die geistliche Schulaufsicht unter keinen Umständen verzichten, ist damit der ganze Schulgesetzentwurf gefallen.

Die Sache der Bühnengehörigen

hat einen großen Erfolg zu verzeichnen: der Reichstag hat am Donnerstag einstimmig eine Resolution gefaßt, die ein Reichstheatergesetz verlangt. Es kommt selten vor, daß der Reichstag eine Forderung einstimmig erhebt. In diesem Falle konnte das freilich leichter geschehen, als in andern, da bei der Frage der Regelung des Rechtes der Bühnengehörigen keine parteipolitischen Gegensätze vorhanden sind. Aber dennoch ist die Einmütigkeit bemerkenswert, die sich bei dieser Forderung zeigte, und man wird kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß das schroffe Vorgehen des Bühnenvereins dabei mitgewirkt hat. Der freisinnige Abg. Müller (Meiningen) begründete die Resolution und sein Kollege vom Zentrum, Herr Dr. Pfeiffer, der kürzlich eine Broschüre über das Theaterelend herausgegeben hat, sekundierte ihm. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen und den Parteien überhaupt besteht in der Frage der Theaterzensur, und darin wird eine Einigung nicht leicht zustande kommen. Aber das ist eine Frage für sich, mit der die Regelung der Verhältnisse der Bühnengehörigen nichts zu tun hat. In dieser Sache ist man völlig einig darüber, daß die heutige Rechtslosigkeit der Bühnengehörigen nach gesetzlicher Abhilfe schreit, diese Rechtslosigkeit, im Vergleiche zu der die gewerblichen Arbeiter in einer beneidenswerten Lage sind. Es ist sehr erfreulich, daß der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg sich dieser Einsicht nicht verschließt und bereit ist, die Frage des Reichstheatergesetzes in die Hand zu nehmen. Er ist bereits, wie er erklärte, mit den Bundesregierungen in Verbindung getreten und wartet nur ihre Entscheidungen ab, um auf dieser und der Grundlage des sonstigen Materials baldige Entschlüsse zu fassen. Danach darf man also wohl erwarten, daß die Regierung in naher Zeit ein Reichstheatergesetz vorlegen wird. Kommt es dazu, dann muß aber auch etwas ordentliches geschaffen werden, und es wird jedenfalls nicht schaden, wenn die Organe der Bühnengehörigen fleißig hinter der Sache her sind. Es zeigt sich nun, wie richtig die Delegiertenversammlung der Bühnengenossenschaft handelte, als sie den privaten Normalvertrag verwarf. Was die Bühnengehörigen durch das Reichstheatergesetz erreichen werden, das wird unter allen Umständen viel mehr sein, als das, was sie vorderhand durch Verhandlungen mit dem Bühnenverein hätte erreichen können. Das Ergebnis der Donnerstag-Sitzung des Reichstags ist eine glänzende Rechtfertigung der Haltung der Bühnengenossenschaft, trotz dem Urteile, das der Bühnenverein über sie gefällt hat.

Ausnützung der Wasserkräfte in Bayern.

Nach einer amtlichen Darstellung betreffend die Ausnützung der staatlichen Wasserkräfte hält die Regierung daran fest, daß vor allem der Staat diejenigen Wasserkräfte sich sichern muß, die er für seine Zwecke benötigt. Demgemäß sei es eine unumgängliche Notwendigkeit für die Staatsregierung, daß sie, ehe sie eine staatliche Wasserkraft der privaten Ausnützung überlasse, genauestens die Frage prüfe, ob die Kraft nicht für staatliche Zwecke in absehbarer Zeit erforderlich werde. Daß diese schwierige Prüfung einige Zeit in Anspruch nehme, lasse sich auch bei intensiver Tätigkeit der beteiligten Behörden und Stellen nicht vermeiden. Im Uebrigen werde die Prüfung der Frage über die Ausnützungsmöglichkeit durch den Staat oder durch Private für ganze Flussläufe durch die beteiligten Stellen mit möglicher Beschleunigung, unabhängig von Konzeptionszwecken, vorgenommen. Nur in einzelnen Fällen haben auch Konzeptionsgesuche den Anlaß zu dieser Prüfung gegeben.

Zur Lage in Oesterreich.

Aus Wien wird gemeldet: Solange Ministerpräsident Bienerth überzeugt ist, daß die Obstruktion der Tschechen fortbauert und die Tagesordnungen mit Dringlichkeitsanträgen belegt werden, wird er es unterlassen, die verschiedenen Staatsnotwendigkeiten selbst im Wege der Dringlichkeitsanträge durchzusetzen, sondern zur Auflösung des Hauses schreiten. Dies dürfte etwa Mitte März geschehen. Sollte indessen bis dahin ein Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien notwendig werden, so wird die Auflösung unterbleiben, da die Regierung der Ansicht ist, daß ein eventuelles Ultimatum an Serbien den Reichsrat sofort arbeitsfähig machen würde.

Die Franzosen gegen die Todesstrafe.

Aus Paris wird gemeldet: Bei der Doppelhinführung in Albi, wo die beiden hartgefotenen Verbrecher Vesse und Simorre wegen Ermordung eines Gefängniswärters und Verurteilung eines anderen ihre Häupter unter das Fallbeil legen mußten, kam es zu recht lebhaften Kundgebungen gegen die Todesstrafe. In diesem Wahlkreise des Abg. Jaures ist überhaupt die Stimmung gegen das Ministerium ungünstig, so besonders in den Kreisen der Masbläser. Diese zogen in Scharen unter Vereatrufen auf Clemenceau durch die Stadt, konnten aber beschwichtigt werden, sodaß bei den Hinrichtungen selbst, die beim Morgengrauen erfolgten, keine weiteren Störungen vorkamen. Das graufige Schauspiel dauerte nur wenige Minuten und wurde wegen der besseren Organisierung des Ordnungsdienstes nicht von den häßlichen Ausbrüchen wie in Brest und Carpentras begleitet.

Englische „Annäherungsveruche“.

Wie der „Daily Mail“ berichtet wird, wird die englische Regierung das vom Premierminister Asquith am 12. November im Unterhause gegebene Versprechen einlösen. Das Blatt behauptet, das Flottenprogramm des kommenden Finanzjahres enthalte die Stapellegung von fünf verbesserten Dreadnoughts, möglicherweise auch noch einen sechsten Bau, was von dem Fortschritt der Neubauten Deutschlands abhängt. Das Programm enthalte ferner die sofortige Mehrausgabe von 3 bis 4 Millionen Pfund Sterling. Ein Vizeadmiral soll Oberbefehlshaber der Nordflotte sein und auch das Kommando über die Kanalflotte führen.

Die türkische Kabinettskrise.

Der türkische Minister des Innern und der Justizminister haben um ihre Entlassung gebeten. Es verlautet, daß der Finanzminister heute zurücktreten werde. Der Großwesir Kiamil Pascha hat sich bereit erklärt, heute in der Kammer die Interpellation wegen den Ministerwechseln zu beantworten. Es wird eine stürmische Sitzung erwartet. Ein Bataillon der an der Verschwörung beteiligten Salonikijäger erhielt gestern vom Kriegsminister Marschbefehl nach der Provinz. Das jungtürkische Komitee protestierte dagegen: Hilmi Pascha und Ahmed Riza Bey riefen das Komitee zu einer Konferenz zusammen. Die Garnison, auf die die Regierung (mit Ausnahme der Salonikijäger) zählen kann, wird heute während der Parlaments Sitzung in den Kasernen bereitgehalten. Was sich heute abspielt, ist eine Machtprobe, die entscheiden dürfte, ob eine legitime Regierung oder das jungtürkische Komitee regiert. Von den Jungtürken wird der Versuch gemacht werden, das Kabinett zu stürzen.

Die Nachricht von einer geplanten Verschwörung zum Sturze des Sultans beschäftigt sich. Sultan Abdul Hamid sollte beim heutigen Selamlil beseitigt werden und durch den Prinzen Jusuf Izzedin, den Sohn des im Jahre 1876 abgesetzten Sultans Abdul Mis er ersetzt werden. An der Verschwörung waren auch Offiziere und Politiker beteiligt, die der Partei des Prinzen Sabbah Eddin angehören. Auch Truppen und Matrosen, die jede Woche am Selamlil teilnehmen, waren für diesen Plan gewonnen worden. Der Sultan erhielt Kenntnis von der Verschwörung und benachrichtigte den Großwesir hiervon, der deshalb einige Minister wechselte. Als nun gestern der neue Marineminister im Amte erschien, verweigerten ihm die Offiziere und Leute den Gehorsam. Die Meuterei mußte durch Truppen erstickt werden.

Tages-Chronik.

Berlin, 13. Febr. Wie die „Neue pol. Korresp.“ meldet, soll die Annahme der Reichsfinanzreform gesichert sein. Nachschuß, Elektrizitäts- und Insteratensteuer sollen fallen, dagegen Tabak und Bier stärker herangezogen werden, auch soll eine Form des Branntweinmonopols gefunden sein.

Berlin, 13. Febr. Der des Mordes und der Brandstiftung verdächtige Schreiber der deutschen Gesandtschaft, Bedert, wurde in Ghillan verhaftet.

Berlin, 12. Febr. Heute begann die Unterkommission ihre Beratung, die der Steuer-Kommission des Reichstages Vorschläge über anderweitige Heranziehung des Besitzes als Ersatz für die Nachlasssteuer machen soll. Die Verhandlungen sind streng vertraulich. In parlamentarischen Kreisen ist für diesen Zweck u. A. der Vorschlag eines Kohlenzolls aufgetaucht.

Berlin, 12. Febr. Unter dem dringenden Verdacht des Buchens und Betruges wurden von der Kriminalpolizei zwei „Bankiers“ festgenommen und zwar ein Leutnant a. D. Freiherr von Coburg und der ehemalige Kellner Friedrich Ackermann. Sie betrieben in der Kurfürstentrasse ein Bankgeschäft, das lediglich Schwindel- und Wucherzwecken diente. Geschäftsbücher und Korrespondenzen wurden beschlagnahmt.

Genf, 13. Februar. Der große Bahnhof ist gestern vollständig niedergebrannt.

Wellington, 13. Febr. Der Dampfer „Penguin“ der Union Company ist in der Cookstraße gescheitert. 67 Personen sollen umgekommen sein.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 12. Febr.

Präsident v. Payer eröffnet die 161. Sitzung um 9.15 Uhr.

Man legt die Generaldebatte über den Etat und die Steuererhöhungsgesetze fort.

Das Zentrum hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen:
I. Den Entwurf des Hauptanhangs für die Rechnungsjahre 1909 und 1910, sowie den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Einkommensteuer in den Rechnungsjahren 1909 und 1910 und die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, der Finanzkommission zur Vorbereitung zu überweisen;

II. die Finanzkommission zu beauftragen, mit der Vorbereitung des Hauptanhangs bei den einzelnen Departements die Prüfung der Frage zu verbinden, ob und in welcher Weise die von der Kammer in den Jahren 1907 und 1908 gefaßten und der Kgl. Staatsregierung vorgelegten Beschlüsse von den zuständigen Behörden erledigt worden sind.

Andre (Z.): Der vorliegende Etat sei auf das Motiv: Zahlen, zählen und nochmals zählen zugeschnitten. Was sei eigentlich die pflichtmäßige Überzeugung der Regierung? In der Volksschulfrage kenne man sie bis jetzt noch nicht. Die derzeitige Lage der Arbeiterschaft sei von P. Jemmann treffend geschildert worden. Das Problem der Arbeitslosenversicherung sei eben zu schwierig und habe deshalb bis jetzt noch nicht gelöst werden können. Wirksame Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit habe auch Dr. Lindemann nicht zu machen vermocht. Die württembergische Regierung habe jedenfalls getan, was möglich war. Lindemann habe die Beamtenaufbesserung als eine Folge der Zollgesetzgebung hingestellt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das sei unrichtig. Die Krise ist international. Die Erigerung der Lebensmittel habe noch andere Ursachen als die Zollgesetzgebung. Durch diese sei die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gehoben worden, was auch auf die günstigere Gestaltung der Verhältnisse in der Industrie zurückwirke.

Finanzminister v. Geßler: Er sei über seine Stellung zur Vermögenssteuer gefragt worden. In dieser Beziehung gesetzgeberisch vorzugehen, sei unmöglich, solange die Gestaltung der Reichsfinanzreform sich nicht absehen lasse und auch nur die Möglichkeit einer Reichsvermögenssteuer bestesse. Er beabsichtige, dem Hause über die Frage der Vermögenssteuer eine Denkschrift vorzulegen, und es hoffe, daß die Aussprache mit den Ständen noch in dieser Tagung möglich sei. Der Forderung nach Vereinfachung des Beamtenapparats widerstrebe er nicht. Wir leiden unter einer gewissen Komplikation der Verwaltung, die insbesondere von den kleinen Bezirken herrühre. Berechnungen über die Wirkungen der Reichsfinanzreform habe er nicht vorgelegt, weil man noch gar nicht wisse, wie die Reichsfinanzreform sich gestalten werde. Der Minister beschränkt nun verschiedene vorgebrachte Einzelheiten. Gehaut werde bei uns nicht zu luxuriös, aber vielleicht zu solid. An den Kanzleikosten werde sich nicht viel sparen lassen. Mit der Aufnahme, die der Etat gefunden habe, sei er im allgemeinen zufrieden.

Reil (Soz.): Die Überzeugung, daß gehort werden müsse, sei dem Abg. Andre etwas spät gekommen. Dem Zentrum sei seit Jahren nichts im Wege gestanden, zu sparen. Andre würde sich, wenn er die Arbeiterinteressen vertreten wolle, eine ganz andere Betätigungsmöglichkeit anstatt des herrschenden Elends bieten als die, den Rollstuhl zu verteidigen. (Sehr richtig! links.) Andre solle die wirtschaftlichen Fragen zuerst richtig studieren, ehe er hier über spreche. Durch die Handelspolitik Caprivis seien die Exportindustrien Deutschlands denen Englands bedeutend genähert worden; bei der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik sei das Gegenteil zu konstatieren. Es sei in Württemberg gerade das Unglück, daß der Minister des Innern sich über die Arbeiterverhältnisse nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Handelskammern erkundige. (Sehr richtig! links.) Die statistischen Zahlen sprechen dafür, daß wir eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit haben. Wenn unter den gegenwärtigen Verhältnissen irgend ein anderer Stand so schwer zu leiden hätte wie der Arbeiterstand, so wären längst alle Hebel der Gesetzgebung dagegen in Bewegung gesetzt worden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Massenkonsum und der Verkehr haben schon seit der Währungsreform die Reichsrenten auf sie gelagert werden. Der Hyperpatriotismus habe uns in diese Lage getrieben. Die Preise, die diese Politik begünstigt haben, sollten nun auch in den Beutel greifen. Statt dessen werden Industrien gefährdet und Existenzen vernichtet. Das sollten sich auch die Kreise merken, die die Mittelstandszufuhr in Erbpacht genommen haben.

Justizminister v. Schmidlin: Er wolle sich über einige das Justizdepartement betreffende Fragen aussprechen. Mehrfach seien die neuerigierten 15 Amtsrichterstellen besetzt worden. Er werde bei Beratung des Justizetats das Bedürfnis eingehend nachweisen. Man solle sich nicht allzu großen Hoffnungen hingeben, daß etwa durch die reichsrechtlichen Reformen eine große Milderung möglich wäre. Die Entlassung im Rotenburger Jugendknechtensängnis sei dem Umstand zuzuschreiben, daß von der bedingten Verurteilung reichlich Gebrauch gemacht worden sei. Das Justizministerium lasse sich sämtliche landauf landab vorkommenden Urteile gegen Jugendliche vorlesen. Im Jahre 1908 seien es 219, im Jahr 1908 600 bedingt Verurteilte gewesen. Die bedingte Verurteilung finde zwar in bayerischen Kreisen keine rechte Anerkennung; aber er könne sich dadurch nicht beirren lassen. Der erzieherische Einfluss dürfe nicht unterschätzt werden. Gegen Jugendliche sei nicht Strafe, sondern Erziehung am Plat.

Rörner (B. R.): Der Etatsentwurf habe die berechtigten Erwartungen übertroffen. Als man 1907 die Beamtenaufbesserung genehmigte, glaubte man, sie ohne Steuererhöhung durchsetzen zu können. Jetzt habe man die Ersparung der industriellen Niedergang könne mit der agrarischen Krise zusammen. In der Schulpolitik lag

den berechtigter und notwendiger Schutz auch des deutschen Arbeiters. Warum schimpfe man denn immer auf die landwirtschaftlichen Hölle und nicht auch auf die Industrie, die für die Jäger die Sozialdemokraten zu haben seien? Von einer Rottlage der Bauern brauchen wir gottlob nicht mehr zu reden; aber ihre Lage sei immer noch schlotterig, und man solle ihnen den bescheidenen Mehrerwerb wohl gönnen. Die Nachlasssteuer sei gar nichts anderes, als die Ausbeutung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder. Die Steuer würde später natürlich ausgebeutet und erfordert sehr teure Erhebungskosten. Man kehre mit dieser Steuer zurück zu Zeiten, die man längst überwunden glaubte. Man sollte andere Wege beschreiten. (Zuruf: Welche?) Es habe keinen Wert, darüber hier zu sprechen. (Seiterkeit.)

Hier wird abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags 5 Uhr verschoben.
Schluß 2.15 Uhr.

Präsident v. Bayer eröffnet die 152. Sitzung am 5.15 Uhr.

Am Ministertisch: Sämtliche Minister.
Das Haus setzt die

Generaldebatte über den Etat und die Steuererhöhungsgesetze fort.

Gräber (J.): Er begreife es, daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe: Hätten wir nur die Matrikularbeiträge vom Hals! Aber das sei eine Bankrotspolitik. Der Bedanke der Sparkommission hätte auch im Bundesrat einen Platz. In der jetzigen Debatte sei mehrfach darüber geredet worden, daß die Regierung den Landtagsbeschlüssen zu wenig Beachtung schenke. Deshalb sei eine Selbstkontrolle der Kammer notwendig darüber, was aus ihren Beschlüssen geworden sei.

Kriegsminister v. Marquardt: Der Mahnung Reiss, auf die Soldatenmishandlungen zu achten, hätte es nicht bedurft. Das sei seit Jahren die Sorge der Militärbehörden. Die Fall der Mishandlungen nehme seit Jahren ständig ab, und die krasse Fälle gehören zu den Seltenheiten. (Bravo!) Was die Totalverbote anbelange, so sei es nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der Militärverwaltung, die Soldaten von Totalen fernzuhalten, bei deren Besuch sie mit ihren Soldatenpflichten in Konflikt kommen können.

Dr. Mülling (D. R.): Auf den schlecht rentierenden Nebenbahnen sollte einfach ein Zuschlag erhoben werden und die vierte Klasse weggelassen. Man solle in Württemberg das Postbestellgeld einführen. Es freue ihn, daß endlich im Reich eine Gesprächsgebühr für das Telefon eingeführt werde. (Zuruf: Da no! Seiterkeit.) Dann werde künftig manches unnütze Gespräch fallen. Er empfehle, auch für das Staatsministerium ein Auto zu beschaffen (Seiterkeit) und einen Igl. württ. Ministerialchauffeur anzustellen.

Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker: Der Antrag Gräber übersehe, daß die Zusammenstellung der bei der Regierung eingelangten ständischen Beschlüsse und Bitten kein staatsrechtliches Institut sei. Die Regierung müsse sich ihre Stellung zu dieser Frage ausdrücklich vorbehalten, zumal daraus eine Beschleunigung der Verhandlungen nicht zu erwarten sei. Die Regelung der Telephongebühren habe die württ. Postverwaltung sich vorbehalten. Nur im Wechselverkehr seien wir abhängig. Die Hoffnungen, die auf den Postwagenverkehr gesetzt werden, halte er für etwas sanguinisch. Ueber die Beamtenverhältnisse sich auszusprechen, wolle er sich für später vorbehalten. Eine inhumanen Behandlung liege nicht vor. Auch auf die Gehaltsverhältnisse wolle er jetzt nicht zu sprechen kommen. Die Behauptung, daß immer bei den oberen Beamten aufgebessert werde, treffe nicht zu. Die Regierung habe die Verpflichtung, für ihre Beamten zu sorgen. Bei der Eisenbahnverwaltung habe allerdings an einer Stelle im Monat Dezember eine Lohnkürzung stattgefunden; der verkürzte Betrag sei aber wieder erstattet worden. Die Anfrage wegen des Bahnhofsbuchhandels beantworte er dahin, daß ein Erlaß seitens der Generaldirektion allerdings ergangen sei, aber einerseits, weil eine Verhandlung dies selbst angeregt habe, andererseits, weil der Verein für ländliche Wohnsitzpflege dies erbeten habe. Eine bestimmte politische Richtung oder eine Zensur liege der Generaldirektion dabei fern. Aber für ein Benjamins danke er. In den öffentlichen Streit lasse er sich nicht hereinziehen. Dem Abg. Dr. Lindemann wolle er nur ein kurzes Wort über die auswärtige Politik sagen, ohne auf das Materielle einzugehen, denn das stehe zur konstitutionellen Debatte im Reichstag und nicht in den Einzeltagungen. Die Ansicht der Staatsregierung über das Reichstagswahlrecht gehe dahin, daß an eine Änderung des Reichstagswahlrechts in rücksichtlichem Sinne seitens der verbündeten Regierungen nicht gedacht worden, wie dies auch vom Reichskanzler im Reichstag erklärt worden sei. Die Regierung stehe ganz auf dem Boden dieser Erklärung und lehne auch nur den Gedanken an eine Abänderung des Reichstagswahlrechts ab. Von der Absicht einer Ausnahmegefeßgebung gegen die Sozialdemokratie sei der Regierung nicht das mindeste bekannt. Märchen mögen sehr hübsch sein; aber in einer ernsten Diskussion sollte man sie unterlassen. Andre habe gesagt, er wisse nicht, welche Anschauungen die Regierung in der Schulfrage habe. Er habe sich wirklich darüber gewundert. (Große Seiterkeit.) Einen Vortour in der Richtung, als ob die Regierung in der Schulfrage nicht wisse, wolle sie wolle, habe die Regierung nicht verdient. Er freue sich, daß die Eisenbahntariffrage in so erster Weise in die Hand genommen worden sei, denn ohne Inangriffnahme der Tariffrage seien die Eisenbahnfinanzen nicht zu sanieren. Aber so einfach sei die Frage nicht, namentlich nicht in Sachen der Gütertariife. Aber an die Personentariife habe er auch schon gedacht.

Dr. Müllerberger (D. P.): Bezüglich der Bahnfragen schlage er vor, diejenigen Linien zu bauen, die eine unbedingt sichere Rente abwerfen. Diese Frage müsse man in ita ac studio behandeln. In Sachen des Bahnhofsumbaus solle man den Brannen nicht erst zudecken, wenn das Fund heringefallen sei. Man dürfe nicht an der falschen Stelle sparen. Wegen des Bahnhofsumbaus seien zahlreich Bauversuche ad calendas graecas verlag worden. Der vierjährige Ausbau Stuttgart-Neckartal werde von Jahr zu Jahr teurer; das selbe sei der Fall bei der linksufrigen Neckarbahn. Auf den Bau der Nebenbahnen dürfe nicht die rein kapitalistische Begriffe einer Rente angewandt werden.

den. Die Halberbahn sollte vom Staat übernommen werden. Ein Mittelweg zwischen Auto und Eisenbahn seien die gleitenden Bahnen. Er bitte den Verkehrsminister, dieser Frage die Aufmerksamkeit zu schenken.

Minister des Innern Dr. v. Fischer: Mülling und Römer haben bemängelt, daß die Regierung in der Frage des Neckarkanals die Grundsätze der Sparsamkeit nicht betätigt habe. Die Regierung habe aber die finanzielle Seite wohl geprüft. Vieles werde durch die Wasserkräfte, die sich gewinnen lassen, hereingebracht. Dann werden die Schiffsabgaben vieles einbringen. Auf württ. Boden werden sich zusätzlich der zwei nächstgelegenen badien Staustufen 20 000 Pferdestärken Wasserkräfte gewinnen lassen. Ein ungebederter Rest werde allerdings verbleiben. Aber er werde durch den volkswirtschaftlichen Wert gedeckt werden. (Sehr richtig!) Der Minister wendet sich sodann gegen die Ausführungen Reiss in Bezug auf die Arbeitslosigkeit und wiederholt seine kürzlichen Ausführungen. Von einem besonders großen Notstand könne man nicht reden. Die Pflege des Arbeitsnachweises, die Fernhaltung ausländischer Arbeiter, die Ausführung genehmigter Arbeiten und von Notstandsarbeiten werde die Regierung sich angelegen sein lassen. Eine Pflege der Wanderarbeitsstätten sei vorgesehen.

Rechtsminister Dr. v. Schöner: Die Debatte. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Abg. Gräber und Senfien einstimmig angenommen. Nächste Sitzung morgen vorm. 9 Uhr mit der Tagesordnung: Feldvereinigung und Pensionsrechte der Körperbeschäftigten.
Schluß 8.15 Uhr.

Aus Württemberg.

Der Landtag vertagt. Der Seniorenkongress der Zweiten Kammer hat beschlossen, den Landtag ab heute auf fünf Wochen bis zum 23. März zu vertagen, um der Finanzkommission Zeit zur Beratung des Etats zu gewähren. Da außer dem Etat noch verschiedene wichtige Gesetze zu erledigen sind, so ist mit einer Tagung bis in den August hinein zu rechnen. Gestern hat die Kammer eine bis in die neunte Abendstunde währende Doppelsitzung abgehalten.

Stuttgart, 12. Febr. Gestern hat die größere Winternberatung von Truppenteilen der Standorte Stuttgart, Ludwigsburg, Ulm, Gmünd, und Tübingen stattgefunden, und zwar im Gelände zwischen Gfilingen, Göttingen, Geislingen, Wiesensteig, Urpining und Unterboihingen, wohin der kommandierende General Herzog Abrecht sich in Begleitung des Chefs des Generalstabs begeben hatte.

Stuttgart, 12. Febr. Die Zinserhöhung von 3 1/2 auf 3 3/4 Proz. hat im vergangenen Jahr eine ganz wesentliche Steigerung der Spareinlagen bei der Stadtsparkasse in Stuttgart zur Folge gehabt. Sie erreichten im Jahre 1909 eine seit Bestehen der Sparkasse noch nicht erreichte Höhe, nämlich 15 780 753 M in 122 178 Posten. Gegenüber dem Vorjahr mit 12 192 363 M Markt in 106 873 Posten ist also eine Zunahme von 3 588 390 M in 15 305 Posten vorhanden. Die Rückzahlungen hielten sich in normalen Grenzen, sie stellten sich ungeachtet der Steigerung des Einlagekapitals nur auf etwa 12 500 000 M, immer noch eine Viertelmillion niedriger als im Jahre 1907.

Nah und Fern.

Der 65 Jahre alte Dekonom Jäckle in Oberdorf bei Biberach wurde vor einigen Wochen von einer Katze gebissen, sodass die von dem Tier verletzte Hand stark anschwellte. Der Mann schien wieder völlig gesundet, gestern früh ist er aber trotzdem plötzlich gestorben.

Am Donnerstagabend ist das große Hofgut Haselburg, Gde. Herlazhofen, samt Fahrnis total abgebrannt. Das Vieh ca. 30 Stück, konnte gerettet werden. Es herrschte großer Wassermangel. Während der Befitzer im nahen Gasthaus in Urtau seine Hochzeit feierte und eine ungemäße große Anzahl Gäste anwesend war, ertönte gegen 9 Uhr der Schredenruf: „Feuer“. Sein schöner Hof samt prächtiger Einrichtung stand in hellen Flammen. Zweifellos handelt es sich hier um einen Raubakt.

In vergangener Nacht um 1 1/2 Uhr wurde die Frlialgemeinde von Horb, Jhlingen, durch Feuerrufe aus dem Schlaf geweckt. Das Wohnhaus und die Scheuer des Theodor Breisinger, Händler und Dekonom, stand in hellen Flammen und brannte bis auf den Grund nieder. Nur mit größter Mühe konnte die Ehefrau des Breisinger vom Erstickungstode gerettet werden. Die nebenangebaute Wirtschaft zum Adler schwebte in großer Gefahr. Das Wohnhaus des Polizeidieners wurde durch Wasser stark beschädigt.

Die Leiche des in der Tatra von einer Lawine verschütteten polnischen Komponisten Carlowicz wurde von der ausgehenden Rettungs-Expedition gefunden.

Aus Rom wird gemeldet: Bei einem Festmahle, das anlässlich der Verlobung des Dr. Riboldi mit Fräulein Emma Garbagnati in Pavia stattfand, zog Dr. Riboldi plötzlich einen Revolver hervor und schoss sich anlässlich der ganzen Tafelgesellschaft in den Kopf. Schwer verwundet wurde er fortgeschafft. Die Gründe zu dem plötzlichen Selbstmord werden geheim gehalten.

Ein grauenhafter Mord

Ist in der Nähe des städtischen Dohna bei Dresden entdeckt worden. Donnerstag nachmittags fanden Kinder am Ufer des Mügeln-Bades einen zerstückelten männlichen Leichnam in Packpapier eingewickelt. Der Leiche fehlte der Kopf. Die Arme waren bis zum Ellenbogen abgeschnitten, beide Beine bis zu den Kniegelenken. Sämtliche abgeschnittenen Teile lagen in einem Paket neben der Leiche. Die Dresdener Staatsanwaltschaft wurde sofort gerufen, die nach Aufnahme des Tatbestandes die Ueberführung der Leiche nach dem Landgerichtsgebäude in Dresden verfügte. Ob die Tat am Fundorte der Leiche oder anderwärts geschehen ist, ist noch nicht festgestellt.

Gerichtssaal.

Neutlingen, 13. Febr. Das hiesige Schöffengericht hat den 33 Jahre alten Weingärtner Döttinger wegen schwerer Beleidigung und Bedrohung des Oberbürgermeisters Hepp zu der Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Abendlied.

Stille wird's im Walde; die lieben keinen
Sänger prüfen schaukelnd den Ast, der durch die
Nacht dem neuen Fluge sie trägt, den neuen
Liedern entgegen.

Bald versinkt die Sonne; das Waldes Riesen
Erben höher sich in die Lüfte, um noch
Mit des Abends flüchtigen Rosen sich ihr
Haupt zu bekränzen.

Schon verstummt die Ratte; den fatten Kindern
Selten nur enthallt das Geklack am Halse
Und es pflückt der wählende Zahn nur lässig
Dunklere Gräser.

Und dort blickt der schuldlose Hirt der Sonne
Sinnend nach; dem Sinnenden jetzt entfallen
Fid' und Stab, es fallen die Hände sich zum
Stillen Gebet.

Lenau.

Handel und Volkswirtschaft.

Kurzer Getreide-Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 2. bis 8. Februar 1909.

Das um die Mitte der Woche plötzlich eingetretene Tauwetter hat die kurz vorher gefallenen Schneemengen schnell zum Schmelzen gebracht und die dadurch hervorgerufenen Ueberflimmungen haben stellenweise auch auf den Feldern nicht unerheblichen Schaden verursacht. Inzwischen ist es wieder kalt geworden und man befürchtet allgemein, daß dieser Witterungswechsel nicht ohne nachteilige Folgen für die wenig widerstandsfähigen Saaten bleiben dürfte. Gleichzeitig lagen von Argentinien Meldungen vor, wonach die Erdrutschkatastrophe nicht den Erwartungen entsprechen. Die südamerikanischen Weizen haben infolgedessen nicht nur ihre Forderungen merklich erhöht, sondern suchten vielfach frühere Abschlüsse rückgängig zu machen, zumal sich in England und in Italien wesentlich bessere Preise als in Deutschland erzielen lassen. Andererseits hat das knappe inländische Angebot die Frage nach fremden Weizenarten gesteigert und die Folge davon war, daß die Importeure von den gleichfalls erhöhten russischen Offerten in härterem Maße Gebrauch machten. Für inländischen Weizen zahlten die Mühlen willig die erhöhten Preise. Auch zum Export nach Belgien und Italien bestand mehrfach Nachfrage. Auf dem Lieferungsrechte haben die Preise seit acht Tagen um ungefähr 5-6 Mk. angezogen, ohne daß sich dadurch der Abstand gegenüber der Bezugsparität sonderlich verringert hätte. Im Gegensatz zu Weizen gestaltet sich der Absatz von Roggen nach wie vor ziemlich schleppend, trotzdem der ungewöhnlich große Preisunterschied zwischen diesen beiden Produkten eine Verschiebung der Konsumverhältnisse zu Gunsten des Roggens erwarten lassen sollte. In schroffem Widerspruch zu dieser Annahme stehen allerdings die fortgesetzten Klagen über den Absatz von Roggenmehl. Immerhin veranlaßte die erwähnte Preisdifferenz die Abgeber auf dem Lieferungsrechte zur Vorsicht, so daß schließlich auch hier eine Preisbesserung von 3-3 1/2 Mk. Platz greifen konnte. Der Einkauf von Hafer ist bei knappem Angebot und hohen Forderungen, die der Konsum nur zögernd bewilligt, nach wie vor sehr schwierig. Futtergerste war preisgehalten. Die Forderungen für Mais lauteten fester.

Es stellten sich die Preise für inländisches Getreide am letzten Markttage in Markt pro 1000 Kg. je nach Qualität wie folgt:

	Weizen	Roggen	Hafer
Röntsdberg	216 -	161 +1	156 -1
Famig	2 8 +3	162 -1/2	163 +1
Etettin	210 +2	163 -1/2	160 +2
Pofen	2 7 +1	158 -1	156 -
Breslau	206 +2	164 -2	160 +1
Berlin	217 +3	166 -1	178 -
Magdeburg	208 -	165 -	173 +1
Halle	206 +2	164 -	178 +1
Leipzig	208 -	167 -	179 +2
Fraunschweig	208 +3	168 -	176 +1
Kofen	2 0 +4	161 -	163 -
Hamburg	214 +2	168 +2	176 +1
Kiel	2 2 +2	1 3 -2	170 +1
Hannover	209 +1	164 -1	178 -
Düsseldorf	216 +4	173 +3	165 -
Franfurt a. M.	222 1/2 +5	172 1/2 -	175 -
Rannheim	220 +5	175 +2 1/2	177 1/2 +2 1/2
Strasbourg	220 +2 1/2	177 1/2 -	185 -
Stuttgart	227 1/2 +2 1/2	175 -	175 -
München	224 +3	170 -	178 +2

Weltmarktpreise: Weizen Berlin Mai 2'9.75 (+3.75 Juli 220.50 +4.75) Su-apeh Apr. 217.95 (+4.35) Paris Febr. 186.40 -0 -) Liverpool März 179.40 (+4.70) Chicago Mai 17.50 +4.60. Roggen Berlin Mai 175.50 +3. - Juli 178.75 (+3.50) Hafer: Berlin Mai 167.75 (+2. - Juli 168 (+2.75) .a.

Schlacht-Vieh-Markt Stuttgart.

12. Februar 1909.

	Ochsen	Bullen	Kalberr	Rinder	Schweine
Zugtrieben:	27	16	313	206	846
Berkauft:	27	16	242	206	764

Erlös aus 's. Afo Schlachtgewicht:

Ochsen, 1. Qual., von - bis	Rübe, 2. Qual., von 57 bis 68
2. Qual., " " " "	3. Qual., " " " "
Bullen, 1. Qual., " " " "	Rübe, 1. Qual., " " " "
2. Qual., " " " "	2. Qual., " " " "
Stiere u. Jungt., 1. " " " "	3. Qual., " " " "
2. Qual., " " " "	Schweine, 1. " " " "
3. Qual., " " " "	2. Qual., " " " "
Rübe, 1. Qual., " " " "	3. Qual., " " " "

Berlauf des Marktes: Schweine und Rinder lebhaft, Großvieh mäßig belebt.

Schwarzwald-Wasserversorgung.

(Fortsetzung)

In einem weiteren Artikel behandelt der Begutachtende das „Enztalprojekt der Stadt Stuttgart“, aus dem nachfolgende Einzelheiten als besonders wichtig hervorgehoben zu werden verdienen:

Die Wasser der Enzklösterlequellen sind — wie die meisten Wasser aus dem Buntsandstein — sehr weich; jene der Barmquellen haben ca. 20 deutsche Härtegrade, so daß aus der Vereinigung beider ein Wasser von ca. 9-10° Härte nach Stuttgart geliefert werden wäre.

Neuerdings ist nun das Projekt Schumann wieder ausgegraben und dahin erweitert worden, daß aus dem Enztale allein im Mittel 300 Sekundenliter und dann, „wenn im Hochsommer große Hitze einen vermehrten Wasserbedarf zur Folge hat“, 500 Sekundenliter nach Stuttgart geführt werden sollen. Nachweise darüber, daß im „Hochsommer bei großer Hitze“ die erforderlichen 500 Sekundenliter tatsächlich vorhanden sind, wurden seitens der städtischen Verwaltung nicht gegeben; das neue Projekt ist überhaupt bis jetzt den Interessenten nur bezüglich der ebenerwähnten Riffen und der Abfuhr bekannt, durch eine die Hochwässer teilweise zurückhaltende Talsperre oberhalb Wildbad im Enztale eine Kompensation für die entzogenen Wassermengen zu schaffen. Die durchaus ungeschickte Situation und Disposition dieser Talsperre ist in der Verhandlung vom 18. Februar 1908 besprochen. Die unbestreitbare Durchlässigkeit der Beckenwandungen und der Sohle würde ganz unberechenbare Versickerungen verursachen und der Weg, den diese Versickerungen unterirdisch verfolgen, wäre ebenso unberechenbar; er kann ganz wohl zu Spalten führen, die mit den Wildbader Quellen zusammenhängen. Trifft dies zu, so ist auch eine Herabsetzung der Temperatur der Wildbader Quellen nicht ausgeschlossen. Der in Buntsandsteinmauerwerk geplante Aufbau der Staumauer müßte wegen der großen Porosität des Buntsandsteins zu den größten Bedenken Anlaß geben. Nicht in Abrede gestellt, ja von den Sachverständigen der Stadt Stuttgart geradezu empfohlen, ist die Beziehung der Barmquellen, um „die Härte durch Zuführung von Mischkalkwasser zu verstärken“. Diese Beziehung wird aber nicht nur aus dem eben angegebenen Grunde, sondern hauptsächlich deswegen erforderlich sein, weil es nach Prof. Quaders Kenntnis der Sachlage niemals gelingen wird, in trockenen Zeiten, in welchen der Wasserbedarf von minimal 500 Sekundenliter ganz unzweifelhaft auftritt, aus der Lappachquelle und den Quellen im kleinen Enztale bzw. dem Enztale diese Wassermenge zusammenzubringen. Auch dann wird dies auf die Dauer nicht gelingen, wenn das Auskunftsmittel, das Oberbürgermeister v. Gauß in der Sitzung vom 8. Januar 1906 erwähnte, angewendet wird; er sagte damals: „In der heißen Jahreszeit wird jedoch der eben dann steigende Bedarf bei der sich zu gleicher Zeit verminderten Ergiebigkeit der Quellen nicht befriedigt werden können (nota bene für die Annahme der jetzigen Einwohnerzahl von 325 000!), weshalb die Beimischung filtrierten Stauwasser vorsehen ist, das einwandfrei in abgelegenen Waldtälern gesammelt werden kann.“ Wo liegen nun diese Waldtäler und welche Garantien hat man — wenn sie eventuell im durchlässigen Buntsandstein des Enztals liegen sollten — für die sichere Auffpeicherung so großer Wassermengen, wie sie hier erforderlich sind? — Mit dem Begriffe Gebirgsquellwasser würde überdies ein solches Auskunftsmittel gründlich aufräumen, denn ein 70 km weit hergeleitetes filtriertes Stauwasser kann den Anspruch auf die Bezeichnung Gebirgsquellwasser nicht mehr erheben; und welche Komplikationen würden durch den

Füllerbetrieb usw. entstehen, das — im Enztale sehr zweifelhaft — Gelingen der ebenerwähnten Abfuhr vorausgesetzt? Man wird darauf gefaßt sein müssen, daß, wenn zum Vollzuge des Enztalprojektes der erste Schritt getan ist, in kurzer Zeit darauf der zweite folgen muß: die Beziehung der Barmquellen. Man wird dann in diesem Falle die Beihilfe des Staates gewissermaßen dadurch erzwingen, daß man sagt: jetzt hat die Residenzstadt die vielen Millionen auf die neue Wasserversorgung verwendet; die notwendige Ergänzung derselben durch die geschickt gelegenen Barmquellen ist in einfacher Weise zu vollziehen; andere Lösungen der Frage würden mit ungeheuren Kosten verknüpft sein — also helfe der Residenzstadt aus dem Dilemma, rette sie aus der Not, es geht jetzt nicht mehr anders. Das ist ja klar.

Mit dem Stichwort Schwarzwaldwassererzeugung läßt sich mancher Laie den Begriff einimpfen, als ob das Wasser, welches der Schwarzwald liefern soll, aber jeden Verdacht weitserhaben, überhaupt das beste sei, was die weite Umgebung der Residenzstadt Stuttgart zu bieten vermag. Wie aber bereits erwähnt, hat die Enztalversorgung allein — das weiche Wasser aus dem Buntsandstein — jene Eigenschaften nicht, welche die Hygieniker von einem zuträglichen Trinkwasser verlangen, auch wenn sonst absolut nichts an dem Wasser auszusetzen wäre, eingehender hat sich hierüber ja der kompetenteste Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Scheuerlen, in der Sitzung vom 18. Februar 1908 ausgesprochen. Ganz besonders wurde hervorgehoben, daß der Genuß des weichen Wassers seitens einer Bevölkerung, die seit langer Zeit an hartes Wasser gewöhnt war, bedenkliche Folgen haben könne. Diese Auslässe stehen im übrigen unter der keineswegs berechtigten Voraussetzung, daß — abgesehen von der für die Gesundheit unzutraglichen geringen Härte — die Wasserqualität untadelhaft sei. Um die Richtigkeit dieser Voraussetzung zu beweisen, muß man sich den Weg vergegenwärtigen, den das Wasser durch den Boden nimmt, bis es an der Quelle zum Ausfluß gelangt, d. h. man muß in eine eingehende Prüfung der Entstehung der betreffenden Quellen eintreten. Die Ergebnisse einer solchen Prüfung hat die Stadt Stuttgart nicht bekanntgegeben; ob man sie bloß „geheimhält“ oder überhaupt nicht besitzt, vermag ich nicht zu sagen. Soviel aber ist ihm bekannt, daß es in keiner Gebirgsformation so große Gefahren für die Reinheit der Quellen gibt als im Buntsandstein, besonders in jenem des württembergischen und badischen Schwarzwaldes. Den Nachweis für diese Tatsache hat er u. a. in Pforzheim und Lahr erbracht.

Untersucht man nun zunächst die größte, zur Fassung für Stuttgart in Aussicht genommene sog. Lappachquelle, so findet man, daß dieselbe tiefer liegt als der in der Nähe befindliche Stauweiher der Erhardschen Sägmühle in Enzklösterle bzw. als der Obergraben dieser Mühle. Außerdem kann man auf das deutlichste erkennen, daß sich der Ursprung dieser sog. Quelle am Uferende eines alten Hochgestades der Enz befindet.

Die Quellen in dem kleinen Enztale sind infolge der starken Besiedelung dieses Tales ohne weiteres hinsichtlich ihrer Güte zweifelhaft.

Die Quellen im Enztale sind Reihenquellen, welche alle jene Eigenschaften zeigen und alle jene Enttäuschungen hervorrufen werden, auf welche bereits aufmerksam gemacht wurde und die jeder Techniker, der Erfahrungen über Quellenverhältnisse im Buntsandsteingebiete gesammelt hat, kennen muß.

Der Begutachtende wiederholt nur das, was er ausführlich in der Sitzung vom 18. Februar 1908 geltend

gemacht hat: die Stadt Stuttgart wird dann, wenn sie die von ihr geplante umfangreiche Quellenfassung im Enztale ausgeführt haben wird, sowohl in Hinsicht auf Qualität als auch in Hinsicht auf Quantität des gewonnenen Wassers schwere Enttäuschungen erleben. Es kann gar keine Rede davon sein, daß nach Ausführung des Unternehmens aus diesem Gebiete 500 Sekundenliter Quellwasser in trockener Zeit abzuleiten sind; in Jahren wie 1893 wird man noch lange nicht auf die Hälfte kommen. Es ist eine jedem erfahrenen Wasserwerksingenieur bekannte Tatsache, daß in unserem Klima bei fast allen Quellwassererzeugungen für große Städte in der Zeit des größten Bedarfs — im Sommer — Wassermangel eintritt.

Ganz ausgeschlossen ist, daß sich die Wasserberechtigten an der Enz zu der Ansicht verleiten lassen werden, es sei möglich, durch die von der Stadt Stuttgart oberhalb Wildbads projektierte Talsperre eine Kompensation für die dem Wasserlaufe der Enz entzogenen Quellwasser zu bieten.

Die Werkbesitzer an der Enz leiden schon lange zeitweise an empfindlichem Wassermangel; man darf sich nur die staatlich festgestellten Niederwassermengen vergegenwärtigen, um dies einzusehen. Um diesen Uebelständen zu begegnen, haben sie selbst schon Vorarbeiten für Herstellung von Stauweibern anfertigen lassen und um staatliche Förderung dieser Unternehmungen gebeten. Die Notwendigkeit solcher Anlagen ist selbstverständlich dann, wenn die Wegnahme des Quellwassers im Enztale durch die Stadt Stuttgart nicht verhindert werden kann, eine noch größere. Wie man indessen auch die Sperren anordnet und welchen Inhalt man den Stauweibern — das Gelingen undurchlässiger Wandungen vorausgesetzt — auch geben mag: qualitativ vermögen sie den Werkbesitzern das entzogene Quellwasser, dessen Wärme im Winter die Enz gegen Vereisung geschützt hat, nicht zu ersetzen.

Die Angaben, es werden zeitweise nur 150 Sekundenliter, im Mittel 300 Sekundenliter und „bei großer Hitze“ 500 Sekundenliter entzogen, sind doch bloß eintweilen so gedacht; was geschehen wird und muß, wenn die elf Millionen Mark ausgegeben sind, steht auf einem andern Blatt. Dazu kommt noch, daß ohne einen übergroßen, für die Werkbesitzer des Enztals wie für die Stadt Stuttgart selbst lästigen Apparat die Wasserableitung gar nicht zu kontrollieren ist.

Stadtsbuch-Chronik der Stadt Wildbad

vom 6. Febr. 1909 bis 13. Febr. 1909.

Geburten:

- 2. Febr. Eitel, Christian Jakob, Holzhaue hier, 1 S.
 - 9. Febr. Viehlmair, Michael, Hausdiener hier, 1 S.
 - 7. Febr. Luz, Hermann Robert, Schuhmacher hier, 1 S.
 - 10. Febr. Schmid, Karl Albert, Bäckermeister hier, 1 S.
- Geblichungen:
- 6. Okt. Hildwein, Otto Friedrich, Bahnarbeiter hier und Eitel, Emma Pauline hier.
 - 8. Febr. Ha, Josef Mathias, Goldarbeiter in Nagold und Huber, Anna Maria, Kettenmacherin in Nagold.
 - 10. Febr. Fortheimer, Robert Michael, Hilfsbrieftreger hier und Mehger, Anna von Blaubach.

Hans Jörg: Du, Jockele, sag a'mol, warum müßest der Hanje Brettleshopfer (Stildufer) jeda Sonntag morge uf de Sommersberg laus?

Jockele: No, des is ganz einfach: weil d'Bergbahn ihren Betrieb komischer Weise erst nachmittags eröffnet.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: E. Reinhardt, daselbst.

Wegen vorgerückter Saison
gewähre auf
Jagdwesten, Unterhosen
sowie
sämtliche Winter-Trikotagen
auf meine ohnehin billigen Preise
10 Prozent Rabatt
Ph. Bosch.

Empfehle mein grosses Lager in
Haar- und Wollfilzhüte
für Herren und Knaben
Klappzylinder, Seidenhüte, Mützen,
Schirme, Stöcke, Ski- und Rodel-
mützen zu denkbar billigsten Preisen
Auf Pelzwaren solange noch Vorrat
15 Proz. Rabatt

Hochachtungsvoll
J. Mohrheim, Pforzheim
Putzwerk, Reuchlinstr. 8, neben Ruffhäuser.
Einzige Reparaturwerkstätte für Herren- und Damen-
Hüte am Platz.

Jedem ähnlichen Produkt vorzuziehen sind
Maggi Suppen
in Würfeln zu 10 Pfg. für 2 Teller Suppe weil von unerreichter
Feinheit im Geschmack. Nur mit Wasser und in kürzester Zeit zuzu-
bereiten. Steiß frisch erhältlich bei **Hans Grundner v. A. Heinen.**

Drucksachen modernster Art
fertigt schnell und billigst an **B. Hofmann's** Buchdruckerei.

K. Forstamt Wildbad.
Nadelstamm-
Holz-Verkauf
Am **Samstag, den 27. Februar,**
vorm. 10 Uhr in Wildbad auf dem
Rathaus im schriftlichen Aufstreich
aus Staatswald 1 Abt. 7 Forst-
meistersq. 15 Eifelstänge, 65
Lehmgrube, 86 Mittl. Langerwald:
Langholz: 1545 Stück mit Fm. 425
I, 326 II, 303 III, 205 IV, 175
V, und 30 VI. Abschnitt (Sägholz)
170 Stück mit Fm. 93 I, 47 II,
11 III. Kl., ferner kommt aus Abt.
69 Mittelberg 1214 Stück VI. Kl.
mit 87,45 Fm. wiederholt zum
Verkauf. Die verschlossenen bedin-
gungslosen vom Bieter unterzeich-
neten Angebote in ganzen und
Zehntelprozenten ausgedrückt mit
der Aufschrift „Angebote auf Nadel-
stammholz“ wollen spätestens zu
obgenannter Stunde beim Forstamt
abgegeben werden; der alsbald auf
dem Rathaus in Wildbad erfolgen-
den Eröffnung können die Bieter
anwohnen. Der Ausschuss ist zu
100 Proz. der Taxypreise angeschlagen
Stichtzeit Oktober bis Dezember 08
Abfuhrtermin 1. Oktober 1909. Los-
verzeichnis und Offerformulare
unentgeltlich. Schwarzwaldertisten
gegen Bezahlung durchs Forstamt.

Geld Darlehen
an Personen jeden Standes, auch
Damen, ohne Bürgen, Abzahlung
4 Kronen monatlich, besorgt rasch
J. Schönfeld, Budapest, 7. Bez.,
Arena-utca 66, (Retour-
marke.)

Portemonnaie
mit Inhalt ging Donnerstag
nachmittag verloren. Abzugeben
gegen Belohnung in der Exped.

Geschwister Horkheimer
empfehlen zu billigen Preisen
Gardinen, Rouleauxstoffe
Damaste
für Deckbetten- und Plumeaux-Bezüge, Stecklisten, Kinderbetten etc
Reinleinen
Halbleinen, Baumwolltuche
einfach- und doppeltbreit, für Bett- und Leibwäsche
Schürzenstoffe
nur gute Qualitäten

Bett- und Leibwäsche, Röcke und Schürzen
in jeder Façon — werden gerne zugeschnitten — sowie
Buchstaben und Monogramme in Wäsche eingestickt!

Große Stuttgarter Geldlotterie
Zu Gunsten des Umbaus der Niederhalle in Stuttgart.
Ziehung am 10. März 1909 2029 bare Geldgewinne mit 80000 M.
Hauptgewinn 30 000 Mark. Lospreis 2 M.

Sr. Stuttg. Geld- u. Pferdlotterie
Ziehung am 23./24. April. 3011 Geldgewinne mit 80 000 Mark und
25 Pferdewinne mit 20 000 M. Hauptgewinn 40 000 M.
Lose à 2 M., 6 Lose 11 M., 11 Lose 20 M. bei **C. W. Bött.**

Ganze oder Teile künstlicher Gebisse kauft.
Alle Sorten Brantweine, Liköre,

G. Horn aus Edln, Mittwoch, 17. 2., nur von morgens bis 1 Uhr nachm. hier, Hotel gold. Löwe, 1 St. Zimmer 3.
sowie
Palästina-Weine
schon von 1 M. an die Flasche,
empfehlen
Cafe Bechtle.

Ein noch sehr gut erhaltenes
Gofa
ist wegen Platzmangel zu verkaufen.
Näh. in der Exped. [118]

Hautschulkstempel
empfehlen
C. W. Bött.
Erbsen und Linsen
empfehlen
Ch. Batt.

